



**University of
Zurich** ^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2023

Nachobligatorische Bildung für Uris Töchter und Koedukation

de Vries, Raffaella Christina ; Kessler, Stefan ; Hägi, Lea

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-239090>

Book Section

Published Version

Originally published at:

de Vries, Raffaella Christina; Kessler, Stefan; Hägi, Lea (2023). Nachobligatorische Bildung für Uris Töchter und Koedukation. In: Bildungs- und Kulturdirektion Uri; Kessler, Stefan; Hägi, Lea. Geschichte und Geschichten der Bildung im Kanton Uri: Beiträge aus dem Nationalfondsprojekt «Bildung in Zahlen» und dem Staatsarchiv Uri. Altdorf: Gisler 1843 AG, 41-52.

NACHOBLIGATORISCHE BILDUNG FÜR URIS TÖCHTER UND KOEDUKATION

**Raffaela Christina de Vries,
Stefan Kessler, Lea Hägi
und Christina Rothen**

Der fünfte Beitrag beschäftigt sich mit der nachobligatorischen Bildung von Mädchen und jungen Frauen. Der Beitrag geht dabei sowohl auf Bildungsangebote der Allgemeinbildung als auch auf Angebote des beruflichen Bildungspfad ein. Des Weiteren zeigt er auf, dass mit der Gründung der kaufmännischen Fortbildungsschule im Jahr 1912 erste koedukative Bildungsangebote entstanden sind. Eine breite politische Debatte über das gemeinsame Unterrichten von Mädchen und Jungen kann allerdings erst im Zusammenhang mit den Anfängen der höheren Mädchenbildung an Gymnasien in den 1960er- und 1970er-Jahren nachgezeichnet werden.

Allgemeinbildende Bildungsangebote für junge Frauen nach der Primarschule

In der Schweiz wurden schulische Bildungsangebote lange Zeit vornehmlich von Buben und jungen Männern besucht. Erst mit der Einführung der Primarschulpflicht für Jungen und Mädchen im Jahr 1874 (Totalrevision der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgen-

nossenschaft, 1874) begannen auch die Mädchen schulische Bildungsangebote regelmässig zu besuchen. So auch im Kanton Uri (siehe dazu auch Beiträge 2 und 4). Erste nachobligatorische Angebote für junge Frauen gehen auf diese Zeit zurück: 1862 eröffneten Menzinger Schwestern die erste Mädchensekundarschule in Altdorf. Bemerkenswerterweise wurde die erste Sekundarschule für Jungen erst ein paar Jahre später eröffnet, nämlich 1868 in Andermatt (Fäh, 2000). Unterrichtet wurden bei den Mädchen die französische Sprache, Handarbeit und Turnen (was damals als sehr fortschrittlich galt). Ersteres diente dabei primär der Vorbereitung für den anschliessenden Besuch einer höheren Töchterschule, die es damals in der Westschweiz bereits gab. Im Laufe der Jahre kamen weitere Mädchensekundarschulen in Wassen, Göschenen, Seelisberg, Gurtellen, Wiler, Erstfeld und Bürglen dazu (Isenring, 2009).

Als eine spezielle Herausforderung ist zu erwähnen, dass es den damals an der ersten Mädchensekundarschule unterrichtenden Schwestern aus religiösen

Gründen (Klausur) nicht erlaubt war, ein Lehrerinnenseminar, Lehrerkonferenzen oder auswärtige Weiterbildungskurse zu besuchen. Damit aber gewährleistet werden konnte, dass der Unterricht mit den Forderungen der Zeit Schritt halten konnte, begann der engagierte Schulinspektor Cölestin Benz nach der Jahrhundertwende einzelne Unterrichtsstunden an der Mädchensekundarschule zu besuchen und seine Beobachtungen mit den unterrichtenden Schwestern zu besprechen. Erst nach Ende des Zweiten Weltkriegs konnten sich die Menzinger Schwestern langsam von der streng ausgelegten Klausur lösen und Examen besuchen, an Lehrerkonferenzen teilnehmen und sich am Kloster Ingenbohl zu Lehrerinnen ausbilden lassen (Zurfluh-Wipfli, 2008). Nach der Eröffnung unterrichteten die Menzinger Schwestern letztendlich nicht weniger als rund 125 Jahre an dieser ersten Mädchensekundarschule des Kantons Uri.

Eltern, die ihren Töchtern ein Studium an einer Hochschule, eine Ausbildung zur Lehrerin oder das Erlernen einer höheren Bildung im Sozialbereich ermöglichen wollten, mussten diese bis in die 1960er-Jahre in Schulen der umliegenden Kantone schicken. Beispielsweise an die Gymnasien und Lehrerinnen-seminare Ingenbohl im Kanton Schwyz und Menzingen im Kanton Zug oder die Sozial-caritative Frauenschule in Luzern. Das Theresianum Ingenbohl war die grösste Bildungsstätte für Mädchen in der Region: Es umfasste eine Sekundarschule, Sprachenkurse, ein Lehrerinnen-seminar, die Handelsschule und das Gymnasium, an welchem die jungen

Frauen die eidgenössische Maturität erwerben konnten. Hier besuchte Emilie Lieberherr, Uris erste Studentin und später Zürichs erste Stadträtin, die Handelsschule und erwarb die Handelsmatura (von Fellenberg-Bitzi, 2019). Für das Jahr 1938 werden in Ingenbohl 466 Schülerinnen ausgewiesen. Am Seminar in Menzingen wurden im selben Jahr 363 Schülerinnen unterrichtet – dies an einer Real- und einer Handelsschule, in einem Kurs für Haushaltlehnmädchen und am Lehrerinnenseminar (Kälin, 1938).

Zur Situation der höheren Mädchenbildung in den 1960er-Jahren

In den 1960er-Jahren entfachte im Kanton eine Debatte über höhere Bildungsmöglichkeiten für die «Urner Töchter». Für die höhere Mädchenbildung fehlte es an Platz und Geld. Das Problem lag nicht in der «[...] Herabsetzung oder Minderbewertung unserer Töchter, sondern (wie in anderen katholischen Kantonen) an den historischen Folgen der getrennten Schulen, die sich nicht ohne weiteres umkrepeln lassen», wie die Redaktion des Urner Wochenblatts am 15. Januar 1964 eine Radiodiskussion zum Thema zusammenfasste (StAUR, P-143/177-46). Koedukation – also die gemeinsame Unterrichtung von Mädchen und Jungen – war damals noch nicht vorgesehen. Für neue Schulhausbauten fehlte das Geld. Die Stipendienverordnung von 1961 sah zwar vor, dass für beide Geschlechter Stipendien für Gymnasialstudien erhältlich sind, jedoch wurde dieses Angebot nur von sehr wenigen genutzt.

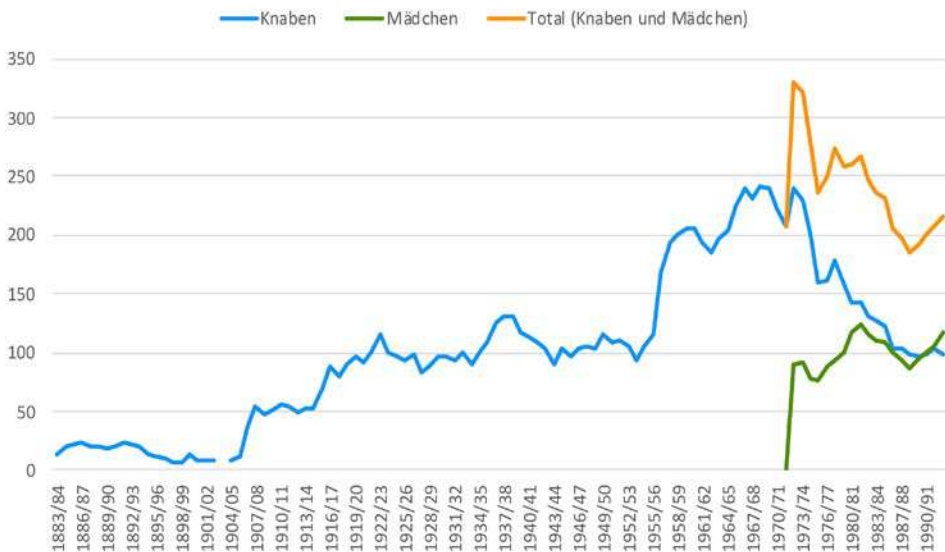


Abb. 5.1: Anzahl Schülerinnen und Schüler am Gymnasium des Kollegiums Karl Borromäus bzw. der ehemaligen Latein- und Kantonsschule in Altdorf, 1883/84–1992/93 (Quellen: Rechenschaftsberichte und Schulstatistik des Kantons Uri, Jahresberichte des Kollegiums Karl Borromäus)

Im Sommer 1965 beantwortete die Urner Regierung eine im Jahr zuvor eingereichte Motion von FDP-Landrat Peter Dätwyler und 32 Mitunterzeichnenden (was damals mehr als der Hälfte der Landratsmitglieder entsprach), welche die Sicherstellung der Mädchenbildung an höheren Mittelschulen verlangte. Der Regierungsrat brachte darin zum Ausdruck, dass mit dem Theresianum Ingenbohl leider keine langfristige Lösung erzielt, sondern lediglich eine Zusicherung von rund 40 Plätzen für Mädchen an der Klosterschule in Ingenbohl auf zwei Jahre erreicht werden konnte (Urner Wochenblatt, 1965). Den weiteren Anliegen der

Motion, darunter die Leistung eines Sonderbeitrags pro Schülerin vonseiten des Kantons sowie eine Berücksichtigung der SBB-Fahrpläne bei der Festsetzung des Stundenplans in Ingenbohl, konnte jedoch nicht nachgekommen werden (Urner Wochenblatt, 1965).

Erste Schülerinnen an Urner Gymnasien

Für das Gymnasium des Kollegiums Karl Borromäus¹ in Altdorf, das von 1906 bis 1981 unter der Leitung von Benediktinern des Klosters Mariastein in Solothurn stand und an welchem männliche

¹ Das Kollegium Karl Borromäus wurde nach dem Erzbischof von Mailand Karl Borromäus (1538–1584) benannt. Er gründete bereits 1579 ein Collegium Helveticum in Mailand. An den Besuch von ihm 1570 in Altdorf erinnert das Denkmal am Haupteingang der heutigen Urner Mittelschule (Zurfluh-Wipfli, 2008).

Jugendliche seit 1915 das eidgenössische Maturitätszeugnis erwerben konnten, bestanden ab Mitte der 1960er-Jahre Ausbaupläne: Die Realschule sollte zu einem Realgymnasium (Typus C) ausgebaut und um entsprechende Schul- und Laborräumlichkeiten erweitert werden (Arnold-Luzzani, 2006). Die Zulassung von Mädchen zum Urner Gymnasium war ein weiteres Ausbauziel, welches ab 1968 auch von der per Volksbeschluss neu geschaffenen Erziehungsdirektion verfolgt wurde. Zwei Jahre nachdem am 27. September 1970 das Urner Volk dem Ausbau der Mittelschulen zustimmte, konnten schliesslich die ersten Mädchen das Kantonsgymnasium besuchen (vgl. den plötzlichen Anstieg der Schülerinnenzahlen ab dem Schuljahr 1972/73 in Abb. 5.1).

Den eigentlichen Startpunkt für die höhere Mädchenbildung im Kanton Uri markierte jedoch das Jahr 1966, in welchem die Patres des benachbarten Mariannhiller Gymnasiums St. Josef, das seit 1961 das kantonale Maturitätsrecht besass (nicht aber das eidgenössische wie die Gymnasien Ingenbohl, Menzingen und Karl Borromäus), auf private Initiative und nach einiger Überzeugungsarbeit bei Vertretern kirchlicher und politischer Gremien versuchsweise 21 Mädchen extern in ihre Missionschule aufnahmen und gemeinsam mit den Knaben unterrichteten (siehe Abb. 5.2). Eine Klassentrennung bestand einzig im Religionsunterricht, der ausserdem getrennt nach Konfessionen unterrichtet wurde. Den Anstoss für die Aufnahme von Mädchen ins Gym-

Abb. 5.2: Mädchen-Gymnasium St. Josef in Altdorf, September 1966 (Quelle: StAUR, Sammlung Reportagen, ohne Signatur)





Abb. 5.3: Die ersten Urner Gymnasiastinnen schreiben die Aufnahmeprüfung (Quelle: Schweizer Fernsehen, Sendung Antenne vom 16. Juni 1966, Screenshot 00:07:14)

nasium St. Josef gab im Januar 1966 ein Gesuch des Katholischen Frauenbundes Uri ans Rektorat von St. Josef.² Betreut wurden die Mädchen von einer Menzinger Schwester (StAUR, P-143/177-47). Die eidgenössische Matura – welche damals zur Zulassung vieler Hochschulstudien verlangt wurde – konnten die Mädchen am Mariannhiller Gymnasium jedoch nicht erlangen: Dies war im Kanton Uri nur am Kollegium Karl Borromäus möglich, welches jedoch ein Bubengymnasium war (StAUR, P-72/52-32).

«Das Mariannhiller Gymnasium öffnet den Urner Töchtern die Pforte»

Bereits im Mai 1966 erschien im Urner Wochenblatt wohl nicht ganz ohne Zutun der Patres auf der Titelseite ein ganzseitiger Artikel mit dem obigen Titel, der über das Vorhaben der Mariannhiller Missionare am Gymnasium St. Josef berichtete. Dies, obschon vonseiten des Churer Bischofs noch kein grünes Licht gegeben und ein definitiver Entscheid erst im nächsten Jahr erwartet wurde:

Das Mariannhiller Gymnasium ist sich bewusst, dass es eine grosse Aufgabe übernimmt. Welche Vorbereitungen dafür getroffen werden, wird zu gegebener Zeit mitgeteilt. Nach Ablauf eines Jahres geht ein ausführlicher Bericht an den Bischof, der dann endgültig entscheiden wird. Schulleitung und Lehrerschaft von St. Josef vertrauen auf den guten Willen und die ernste Mitarbeit aller Interessierten und hoffen, dass die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus zum Wohl vieler junger Menschen beiderlei Geschlechts die besten Früchte zeitigen wird. (Urner Wochenblatt, 1966, S. 1, StAUR, P-143/177-47)

2 Zwei unterschiedliche Entwurfassungen liegen im Staatsarchiv Uri (StAUR, P-72/52-32).

Nichtsdestotrotz blieb der angekündigte Pilotversuch auch über die Kantonsgrenzen hinweg nicht unbemerkt. Am 16. Juni 1966 berichtete sogar das Schweizer Fernsehen in der Sendung Antenne über das Projekt (siehe Abb. 5.3).

Der damalige Rektor des Gymnasiums St. Josef, Pater Pirmin Supersaxo, erklärte gegenüber dem schweizerischen Staatsfernsehen, dass mit der Aufnahme von Mädchen das Ziel erreicht werden sollte, auch im Schulalltag das «Idealbild Familie», in welcher Buben und Mädchen zusammen aufwachsen und sich «seelisch normal entfalten» können, abzubilden (Schweizer Fernsehen, 1966). Am St. Josef wurde die Koedukation (damals oft auch Koinstruktion genannt) folglich aus pädagogischen und psychologischen

Gründen dem Modell getrennter Klassen vorgezogen. Bereits länger unterrichteten auch Frauen am St. Josef. Der Erfolg der Mariannahiller Initiative wurde letztendlich gar als Bestärkung des koedukativen Modells gewertet (Arnold-Luzzani, 2006).

Im Testjahrgang starteten 21 Mädchen in den ersten drei Gymnasialklassen. Für die Mädchen galten dieselben Aufnahmebedingungen wie für Jungen: Mindestens sechs Jahre Primarschulbildung und das Bestehen einer Aufnahmeprüfung. Die Patres waren sehr engagiert. Keinesfalls wollten sie mit nur ein paar wenigen Mädchen starten. Folgende Mitteilung findet sich anfangs Juli des Jahres 1966 in zwei Lokalzeitungen:

Sechs Mädchen besuchen seit mehreren Wochen einen Lateinschnellkurs, um im Herbst in die zweite Klasse einsteigen zu können. Acht weitere haben am 16. Juni die Aufnahmeprüfung für die erste Klasse bestanden. Die Aufnahmeprüfungen für die übrigen Klassen werden erst im [sic!] 27. August stattfinden, damit alle Bewerberinnen noch genügend Zeit finden, sich darauf vorzubereiten. Aufnahmege suche sollen bis spätestens 15. August an das Rektorat gerichtet werden. (Roos, 1966, o.S., StAUR, P-143/177-47)

Trotz des hohen jährlichen Schulgelds von 900 Franken blieb der Erfolg nicht aus. Im zweiten Jahr besuchten 40 Schülerinnen den Unterricht, im dritten war das Verhältnis 49 Mädchen zu 76 Knaben und bereits im vierten Jahr belegten etwa gleich viele Mädchen wie Knaben die insgesamt rund 130 Ausbildungsplätze. In den nächsten beiden Schul-

jahren 1970/71 und 1971/72 stellten die Mädchen gar die Mehrheit – 1971/72 waren es bereits 88 Mädchen (Zurfluh-Wipfli, 2008; siehe auch Abb. 5.4). Auf das Schuljahr 1972/73 hin wurden das Mariannahiller Gymnasium St. Josef und das Kollegium Karl Borromäus schliesslich zusammengelegt:

Nur auf diese Weise ist es möglich, den im Mariannhiller-Gymnasium studierenden Urner Mädchen die eidg. Anerkennung der Matura zu ermöglichen. Sofern die kantonale Oberbehörde zustimmt, sollen in einer Uebergangslösung auf Beginn des Schuljahres 72/73 alle Klassen des Mariannhiller-Gymnasiums der Schulleitung des Kollegiums unterstellt und durch einen vereinigten Lehrkörper koedukativ unterrichtet werden. Auch die Benützung der Schulräume des Mariannhiller-Gymnasiums ist in die Gesamtplanung einbezogen. (Jahresbericht des Kollegiums Karl Borromäus 1971/72, S. 21)

So erwarben im Sommer 1973 die ersten fünf Mädchen, die alle einst im Gymnasium St. Josef begonnen hatten, am Kollegium ihr eidgenössisch anerkanntes Maturitätszeugnis. Auch für die Knaben des St. Josef eröffnete die eidgenössische Maturitätsanerkennung eine breitere Palette an Studiermöglichkeiten.

Berufliche Bildungsangebote für Mädchen und junge Frauen

Neben der frühen Mädchensekundarschule wurde im Jahr 1906 ein zweites nachobligatorisches Bildungsangebot für junge Frauen geschaffen. Mit der Schliessung der alten Kantonsschule in Altdorf und der (Wieder-)Eröffnung der damaligen gewerblichen Fortbildungsschule unter einer neuen, privaten

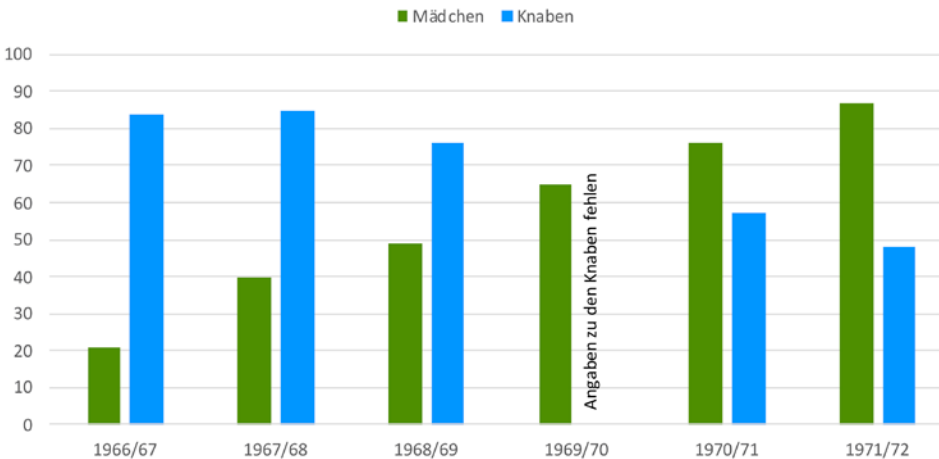


Abb. 5.4: Anzahl Schülerinnen und Schüler am Mariannhiller Gymnasium St. Josef, 1966/67–1971/72 (Quellen: Rechenschaftsbericht des Kantons Uri, 1970/1971; StAUR, P-72/52-32; Arnold-Luzzani, 2006)

Trägerschaft (siehe dazu Beitrag 2) wurde erstmals ein «Buchhaltungskurs für Töchter» angeboten (Brülisauer & Staub, 1928), der von 30 Teilnehmerinnen besucht wurde (Manuskript von Jakob Brülisauer vom 11. August 1932, StAUR, P-1/1259). Dieses Bildungsangebot ist also eher dem beruflichen Bildungspfad zuzurechnen und war so gefragt, dass bereits ein Jahr nach der Einführung eine zweite Klasse eingerichtet wurde. 1918 wurde schliesslich eine eigene Abteilung für Töchter geschaffen, welche zwei Klassen umfasste. Pro Woche bestand der Unterricht damals aus je einer Stunde Deutsch, Rechnen und Buchhaltung. Ab 1912 wurden die jungen Frauen auch an der neu gegründeten kaufmännischen Fortbildungsschule unterrichtet und in

den Jahren 1921 bis 1933 ebenso an der Gewerbeschule Erstfeld. Abbildung 5.5 zeigt, wie sich die Schülerinnen- und Schülerzahlen zur Zeit der Öffnung der nachobligatorischen Bildungsangebote für junge Frauen entwickelt haben.

Für die ersten 25 Jahre dieser nachobligatorischen beruflichen Bildungsangebote für junge Frauen zeichnet Abbildung 5.5 eine eher zögerliche Entwicklung nach. Dies änderte sich auch nicht, als im Zuge des Inkrafttretens des ersten kantonalen Lehrlingsgesetzes 1921 der Besuch der Fortbildungsschule für Lehrlinge und Lehrtöchter verpflichtend wurde. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg begannen die Schülerinnenzahlen zu steigen und ab den 1960er-Jahren nahm

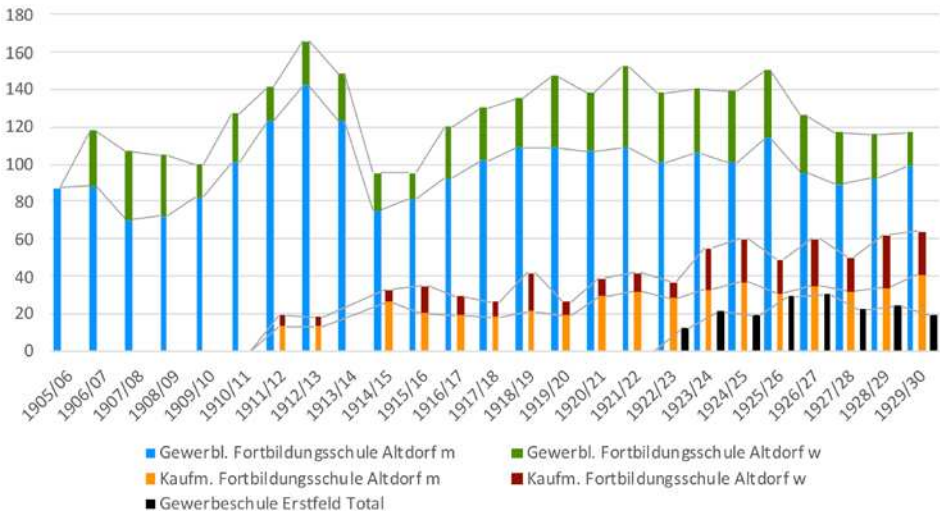


Abb. 5.5: Lernende an den Fortbildungsschulen des Kantons Uri, 1905/06–1929/30, fehlender Jahresbericht der kaufmännischen Fortbildungsschule 1913/14 (Quellen: Rechenschaftsberichte des Kantons Uri und Jahresberichte der kaufmännischen Fortbildungsschule Altdorf)

die berufliche Ausbildung junger Frauen dann richtig Fahrt auf (siehe dazu auch die Beiträge 7 und 8).

Bereits wesentlich früher als der «Buchhaltungskurs für Töchter» wurden ab 1862 an Mädchenarbeitsschulen Handarbeits- und Hauswirtschaftskurse angeboten. Da diese aber eher parallel zur Primarschule besucht wurden – ab 1931 sogar als Pflichtkurse – wird auf sie an dieser Stelle nicht weiter eingegangen.

Höhere Berufsbildung für Frauen

Mit Inkrafttreten des ersten Bundesgesetzes über die berufliche Ausbildung im Jahr 1933 wurde die sogenannte Meistersausbildung, die heute als höhere Fachprüfung der höheren Berufsbildung zuzuordnen ist, für Frauen zugänglich gemacht. Gesamtschweizerische Daten zeigen, dass das Angebot von Beginn weg genutzt wurde und ebenfalls ab den 1960er-Jahren einen regelrechten Boom erlebte (siehe Abb. 5.6). Von 1960 bis 1985 – also binnen 25 Jahren – versiebenfachte sich die Anzahl ausgestellt eidgenössischer Diplome und Fachausweise für Frauen.³

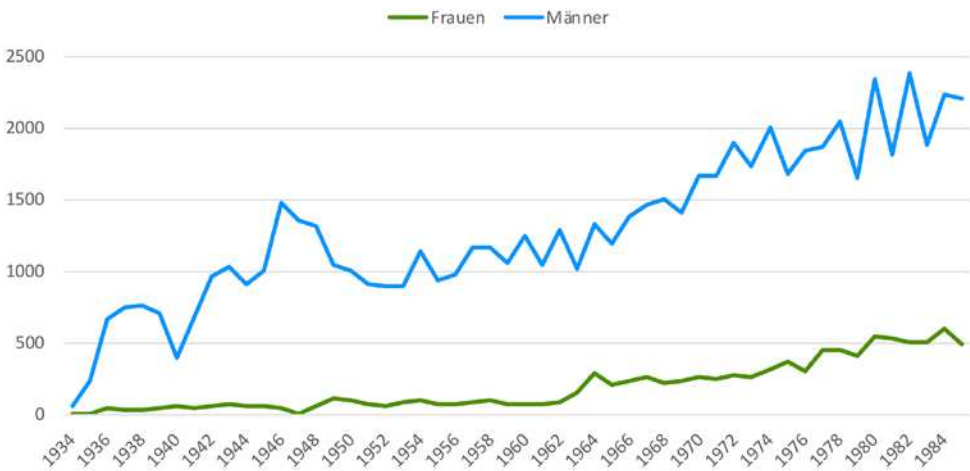


Abb. 5.6: Anzahl erfolgreich absolvierter Meisterprüfungen/Höherer Fachprüfungen in der Schweiz, 1934–1984 (Quelle: Die Volkswirtschaft)

³ Die Arbeiten zu diesen Bildungsstatistiken der höheren Berufsbildung sind noch im Gange, weshalb zum Kanton Uri noch keine detaillierten Zahlen zur Verfügung stehen. Deren Publikation durch das Projektteam des Instituts für Erziehungswissenschaft der Universität Zürich ist für das Jahr 2023 vorgesehen.

Koedukation als überdauernde Frage der staatlichen Bildungspolitik

Die Debatten um die gemeinsame oder getrennte Beschulung von Knaben und Mädchen reicht bis in die Ursprünge des Primarschulwesens zurück: Die erste Koedukationsdebatte wurde 1874 mit der Einführung der Primarschulpflicht geführt. Befürwortende wie ablehnende Parteien rekurrten jeweils auf

die Natur oder die Natürlichkeit des Geschlechts, um ihren jeweiligen Standpunkt zu legitimieren (Mantovani Vögeli, 1994). Und nicht zuletzt auch unter dem Einfluss der katholischen Kirche konnte sich der gemeinsame Unterricht von Mädchen und Jungen insbesondere bei nachobligatorischen Bildungsangeboten lange nicht durchsetzen. Es wurden, wie Weber (1959) es darstellt, im Wesentlichen zwei Gefahren in der Koedukation gesehen:

Einmal kann die stete körperliche Nähe, der tägliche vertraute, allzu vertraute Umgang leicht die Sexualgefühle und Empfindungen reizen, so dass eine vorzeitige Sexualisierung und eine allgemeine Erotisierung der Schulatmosphäre entsteht. Zum andern aber verhindert die Alltäglichkeit der gegenseitigen Begegnung in der nüchternen Stimmung des schulischen Werktages das Entstehen jener seelischen Spannung, durch die eine gewisse Idealisierung des andern Geschlechts erst ermöglicht wird, und auf der die gegenseitige Anziehung der Geschlechter beruht. (Weber, 1959, S. 78)

Die Befürworter der Koedukation argumentierten hingegen, dass die besagten Unterschiede nicht so stark wären, dass man getrennt unterrichten müsse. Da zudem die Gesellschaft auf ein Zusammenleben zwischen Mann und Frau ziele, solle auch der Weg zu diesem Zusammenleben gemeinsam sein. Weiter soll sich die Koedukation positiv auf das Gemüt der Geschlechter auswirken, denn «beide dämpfen extreme Auswüchse des andern Teils» (Weber, 1959, S. 78), womit beispielsweise gemeint ist, dass sich die Knaben weniger «rüpelhaft» benehmen würden.

Der erste koedukative Unterricht auf dieser nachobligatorischen Schulstufe wurde an der kaufmännischen Fortbildungsschule angeboten. Ab ihrer Gründung im Jahr 1912 wurden die Lehrlinge und Lehtöchter gemeinsam unterrichtet. Aber erst mit dem Aufkommen der Diskussionen über die Ausschöpfung brachliegender Bildungspotenziale sowie aufgrund der Knappheit an Räumlichkeiten und Lehrpersonal am Theresianum Ingenbohl wurde die Frage des gemeinsamen Unterrichts von Jungen und Mädchen auch auf dem politischen Parkett wieder rege diskutiert. Mit der Zusammenlegung des Mariannhiller Gymnasiums mit dem Kollegium Karl Borromäus konnten die Mädchen, wie oben aufgezeigt, erstmals als Externe – wenngleich mit höherem finanziellem Aufwand belastet als die jungen Männer – auch das Kollegium besuchen und die eidgenössische Maturität erwerben (B.N. 10.8.1966, StAUR, P-143/177-46).

Die Debatten, die im Kanton Uri in den 1960er- und beginnenden 1970er-Jahren zusammenliefen, führten in einigen Kantonen schon früher zur Öffnung der höheren Ausbildungswege für Mädchen. Andere gründeten neue Schulen oder vergrösserten ihr Angebot, ebenso Nichthochschulkantone und Kantone mit traditionell kleinen Maturitätszahlen (Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF), 2007). In den 1972 erlassenen «Grundsätzen zur Mädchenbildung» forderte die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) die Kantone dazu auf, die Diskriminierung von Mädchen im Bildungswesen abzubauen und Knaben und Mädchen dieselben Aufstiegschancen in höhere Schulen zu ermöglichen (Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), 1995). Neun Jahre später empfahl die EDK weitere Massnahmen zur Förderung der Ausbildungschancen. Gefordert wurden (erneut) gleiche Zugangschancen zu nachobligatorischen Bildungsangeboten sowie ein von einseitigen Rollenvorstellungen befreites Bildungsangebot der obligatorischen Schule, das grundsätzlich gleiche Inhalte, Fächer und Wahlmöglichkeiten umfasste. Das «katholische Arbeiter-Mädchen vom Lande» als symbolische Figur für die am stärksten benachteiligte Bevölkerungsgruppe (Grossenbacher, 2006) hatte langsam ausgedient.

Zur Bildungsbeteiligung junger Frauen im Kanton Uri heute

Heute verteilen sich die Geschlechter auf allen Bildungsstufen fast hälftig. In der Tendenz besuchten auf der Sekundarstufe II (nachobligatorischer Bildungsbereich) im Schuljahr 2020/21 aber eher mehr junge Frauen das Gymnasium (54 Prozent gegenüber 46 Prozent), während die männlichen Jugendlichen an den Urner Berufsfachschulen übervertreten sind (62 Prozent gegenüber 38 Prozent; siehe Abb. 5.7). Bei den Schülerinnen- und Schülerzahlen zu den Berufsfachschulen ist allerdings anzumerken, dass wir seit Beginn der bundesstaatlichen Regelung der Berufsbildung in den 1930er-Jahren eine grosse Mobilität bezüglich des Schulortes kennen. Am Berufs- und Weiterbildungszentrum Uri (bwz uri) sind auch Schülerinnen und

Schüler der umliegenden Kantone gemeldet und umgekehrt besuchen Urner Jugendliche je nach Lehrberuf Berufsfachschulen in umliegenden Kantonen. Die aus der Bildungs- und Beratungsstatistik für den Kanton Uri entnommenen und in Abbildung 5.7 dargestellten Zahlen für die beiden Ausbildungsbestandteile im dualen System der Berufsbildung sind folglich nicht direkt miteinander vergleichbar.

Der höhere Anteil Mädchen an der Mittelschule ist nicht aussergewöhnlich, diese Entwicklung sehen wir in der gesamten Schweiz: Die Maturitätsquote der Männer ist nicht so hoch, wie diejenige der Frauen (Bundesamt für Statistik, 2020a). Es wird auch nicht erwartet, dass sich dies in naher Zukunft gross ändern wird (Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, 2018).



Abb. 5.7: Nachobligatorische Bildungsbeteiligung von Mädchen und Knaben im Kanton Uri, 2011–2021 (Quelle: Bildungs- und Beratungsstatistik für den Kanton Uri 2011/12–2020/21)